

Sehr geehrte(r) Bundestagsabgeordnete

Betr.: Abstimmungsverhalten der Abgeordneten der Linkspartei vom 2. Februar 2006 im
Europaparlament hinsichtlich der Entschließung zu Cuba

Es ist nicht leicht, das Ausmaß der Empörung in Worte zu kleiden, das wir, die Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, angesichts dieses Vorgangs empfinden:

Die Europa-Abgeordneten der Linkspartei sind also mehrheitlich der Ansicht, die cubanische Regierung halte „unabhängige Journalisten, friedfertige Dissidenten und Menschenrechtler“ lediglich „wegen ihrer Gesinnung“ oder „ihrer Ideale“ in Haft. Eine besondere Perfidie dieses Antrags ist die Erwähnung der „Damen in Weiß“, die vollends die Tatsache unterschlägt, dass sich deren vermeintliche Vorbilder, die „Mütter der Plaza de Mayo“ in Buenos Aires, zornig von dem Vergleich distanzieren und ihrer eigenen Solidarität mit dem *sozialistischen* Cuba unmissverständlich Ausdruck gaben.

Müsste man nicht von einer linken Volkspartei erwarten dürfen, dass sie das gleiche tut? Und müsste man nicht auch erwarten dürfen, dass sie das Vokabular heuchlerischer Doppelmoral durchschaut, mit dem die Resolution den Begriff „Menschenrechte“ durch willkürliche und einseitige Auslegung dem politischen Kalkül Dritter unterordnet – um ihn damit irreparabel zu entwerten? Ist es wirklich nötig, *Ihnen* zu erklären, dass Leute, die angeblich „ihrer Ideale“ wegen Haftstrafen erleiden, dazu erstmal Ideale haben müssten?

Menschen, die in der Hoffnung, linke Positionen vertreten zu sehen, bei der letzten Wahl für die Linkspartei votierten, können wohl mit Fug und Recht erwarten, dass ihre Stimme nicht in irgendeiner diffusen „politischen Mitte“ untergeht, nur damit Ihre Partei für breitere Schichten wählbar wird. Gerade Cuba auf diesem Weg als „Bauernopfer“ darzubieten, würden Ihnen die meisten Linken nie verzeihen. Unsere Organisation gewiss nicht!

Wir waren davon ausgegangen, Sie würden sich für die Aufhebung der US-Blockade Cubas einsetzen und gegen den Plan George W. Bushs opponieren, Cubas Annexion mit Hilfe des Helms-Burton-Gesetzes oder des „Commission Reports“ zu betreiben. Stattdessen setzen Sie sich für die Leute ein, die in diesem Papier dazu ausersehen wurden, die souveränen Rechte Cubas an die US-Behörden abzutreten.

Wir waren davon ausgegangen, Sie würden sich dafür einsetzen, dass Cuba endlich ohne Druck von außen sein Modell einer menschlichen, solidarischen Gesellschaft fortentwickeln könnte. Stattdessen fallen sie einem Land in den Rücken, das trotz der unglaublich schweren Bedingungen einen der höchsten Indices an Lebensqualität in Lateinamerika bietet und trotz schmaler Ressourcen mehr Ärzte mit medizinischer Ausstattung zu den Ärmsten der Armen schickt als die UNO.

Und dass die Europa-Vertreter der Linkspartei so gänzlich autonom und abgekoppelt von der Basis entscheiden, wie sie wollen und dass Ihr Parteichef Lothar Bisky tatsächlich nichts von alledem gewusst haben will, das kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein, oder?

Wir erwarten, dass alle für dieses Fiasko Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Renate Fausten (i. a. des Bundesvorstands der FG BRD-Kuba e.V.) Duisburg, 9.2.2006